

Nein zum Streikbetrug!



Die Streikenden zeigten: Gegenwehr ist möglich Der Streikabbruch zeigt: kämpferische Gewerkschaften sind nötig

Viele KollegInnen haben sich in den letzten Wochen mit großen Einsatz am Arbeitskampf beteiligt.

Der Abbruch des Streiks kommt nun einem Schlag ins Gesicht gleich. Die Rechte der Streikenden und gewählter GewerkschaftsvertreterInnen werden mit Füßen getreten. Der Streik wurde von Zwickel zu dem Zeitpunkt für gescheitert erklärt, zu dem er begann, ökonomischen Druck auf die Westkonzerne der Automobilindustrie zu erzeugen. Zu Recht sind nun viele KollegInnen empört: „Fast alle hier wollten weiter streiken, doch hat das Herrn Zwickel interessiert?“ wird von Spiegel-Online ein Kollege von DaimlerChrysler Ludwigsfelde zitiert. Zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung bleiben nun die MetallerInnen im Osten Beschäftigte zweiter Klasse. Schuftten weiter einen ganzen Monat im Jahr umsonst im Vergleich zum Westen.

Sabotage von Oben

Mit dem Abbruch des Streiks hat die Führung um Zwickel kapituliert. Dabei wurde die Kampfkraft der IG-Metall nicht genutzt: Nur knapp 13.000 von 284.000 Mitgliedern waren höchstens in den Arbeitskampf eingebunden. So kann man kaum einen Arbeitskampf gewinnen. Bei Stahl waren mehr als 5000 der 8000 Beschäftigten im Streik.

Nach dem harten Kurs der Arbeitgeber wäre eine Ausdehnung der Streiks nötig gewesen. Nicht nur im Osten, sondern auch in den Westen. Dies hätte eine Dynamik hin zu Gegenwehr auch gegen die Agenda 2010 bedeuten können. Die IGM-Führung hat befürchtet darüber die Kontrolle zu verlieren und daher den Streik beendet.

Die KollegInnen im Westen waren bereit: Bei VW Salzgitter legten am 19. Juni rund 7000 Beschäftigte die Arbeit

nieder, um Streikbruch zu verhindern. Aber ein Streik ist nicht zu gewinnen, wenn Sabotage in den eigenen Reihen betrieben wird: Klaus Franz, GBR-Vorsitzender bei Opel, schlug sich, während der Metallerstreik in vollem Gang war, öffentlich auf die andere Seite: „Ich bin dafür, dass alle Streiks ab sofort beendet werden“, polterte Franz in der „Welt“. Auch andere Spitzenfunktionäre machten aus ihrer Ablehnung des Streiks keinen Hehl. So wurden die Arbeitgeber geradezu dazu aufgerufen aufs Ganze zu gehen.

Lehren

Der Verrat von Zwickel und Co wird Schröder und seine Konzernfreunde ermutigen, die Agenda 2010 durchzupeitschen – wenn nicht die Konsequenzen aus dem Streikbetrug gezogen werden und in den Gewerkschaften das Ruder herumgerissen wird. Die SAV meint dazu:

1. Die Unternehmer meinen es ernst: Streiks dürfen nicht länger mit angezogener Handbremse gefahren werden. Es gilt, die ganze Kampfkraft in die Waagschale zu werfen.
2. Das verheerende Vorgehen der Gewerkschaftsspitze hat politische Gründe: Sie haben ihren Frieden mit diesem System gemacht und wollen die kapitalistische Wirtschaft in Krisenzeiten verteidigen – auf Kosten der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung. Damit muss Schluss sein.
3. Zu einem Kurswechsel gehören personelle Alternativen zu Huber und Peters. Kämpferische Vertrauensleute und Betriebsräte müssen die Gewerkschaftsführung herausfordern. Dazu gehören auch Kandidaturen gegen die Gewerkschaftsspitze. Eine Demokratisierung der gewerkschaftlichen Strukturen und Funktionäre nur zu einem durchschnittlichem Facharbeiterlohn ist nötig, damit

Funktionäre auch die Interessen der Mitglieder vertreten.

4. AktivistInnen auf betrieblicher Ebene dürfen nicht auf Veränderungen an der Spitze warten, sondern müssen selber Initiativen von unten ergreifen. Der Zusammenschluss kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis und die bundesweite Zusammenarbeit und Vernetzung müssen weiterentwickelt werden.

In den Betrieben ist jetzt nötig, zu diskutieren wie die Arbeitgeber verpflichtet werden können, zurück zum Flächentarifvertrag zu kehren und über-tariflich die 35-Stunden-Woche vereinbart werden kann. Die Bereitschaft zum Streik muss dazu genutzt werden.

Die IG Metall ist mit ihren 2,6 Millionen Mitgliedern und ihren Positionen in den Betrieben das Rückgrat der Arbeiterklasse Deutschlands. Es ist notwendig, dass die gesamte Kampfkraft, sowohl im Osten als auch im Westen, eingesetzt wird, um die Offensive von Schröder und Konzernen mit der Agenda 2010 zurückzuschlagen.

KollegInnen in verdi Stuttgart und anderswo diskutieren eine Initiative für eine bundesweite Großdemonstration gegen den Sozialkahltschlag. Diesen Beispiel sollte gefolgt werden. Doch um Schröder und Co. zu stoppen, ist der Einsatz der gesamten gewerkschaftlichen Kampfkraft, ein 24h-Generalstreik, nötig. Dem Klassenkampf von Oben muss eine Offensive von Unten entgegengesetzt werden.